

**Argudiss** lädt ein zu Vortrag & Diskussion:

## Vom Kapital benutzt, vom Staat organisiert, von Patrioten beargwöhnt:

### Deutschland, seine Migration und seine Migrationspolitik

Migration war *das* Thema des jüngsten Wahlkampfes. Und zwar gleich in der Form einer Frage von unserer aller Sicherheit, wofür ein paar Attentate den passenden Anlass gaben. Die wurden von Politikern quer durch das demokratische Spektrum mit dem Migrationshintergrund der Attentäter zusammengeschlossen in einer dreist-absurden Weise, die offenbar ins geistig-moralische Repertoire ihres Berufsstandes gehört.

Migration aktuell als Problem für „*unsere Sicherheit*“, generell als Gefahr für ein Ding namens „*unsere Kultur und Identität*“ – das darf sie auf keinen Fall sein, wofür die Politik endlich zu sorgen hat; darüber besteht Einigkeit. Und gleichzeitig wird ebenfalls ziemlich einhellig beteuert, dass Migration, nützliche, selbstverständlich auch weiterhin sein muss: „für unseren Standort“, „für unseren Wohlstand“, irgendwie auch für „unsere Zukunft“ und diese Dinge. Beteuerungen dieser Art sind eigenartig.

Sie unterstellen nämlich erstens bei denen, an die sie sich richten, den Glauben, letztlich und eigentlich wäre es ein großes Privileg, dieses Land als „*Heimat*“ bewohnen zu dürfen, die man sich eigentlich und wenigstens nicht mit Fremden zu teilen braucht. Um sie aber zweitens mit Verweisen auf den Nutzen, den sie als Deutsche von den Leistungen der Migration haben, mit der dauerhaften An-

wesenheit von Fremden zu versöhnen. Und weder beim Stolz auf ein „Wir“, das eigentlich keine Fremden verträgt, noch bei der verordneten Duldung der Fremden als Nützlingle für „uns“ darf es die so angesprochenen Deutschen irritieren, dass „*ihre Heimat*“ für sie mehrheitlich exakt die öden Rollen vorsieht, in denen sie dann, wenn überhaupt, auch ihren 30% Zeitgenossen „mit Migrationshintergrund“ begegnen – auf dem Arbeitsmarkt, auf dem Wohnungsmarkt, in den Wartelisten bei staatlichen Ämtern und bei Kassenärzten ...

Darum kümmern sich engagierte, volksfreundliche Politiker, die auch für die regelmäßig in Hass umschlagende Xenophobie ihres Volkes ein offenes Ohr haben. Die organisieren also beides: die Migration *und* die Lebendigkeit eines patriotischen Herr-im-Haus-Standpunkts, der mit Migration immer so schlecht zurechtkommt. Für beides haben sie *ihre* Gründe. Die erklärt der Vortrag.

**Wann:** Dienstag, 07. Oktober 2025 – 19:00 Uhr

**Referent:** Ein Redakteur vom  
GegenStandpunkt-Verlag

**Wo:** Bürgerhaus Weserterrassen,  
Osterdeich 70b

**Kontakt:** [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de)

### Die Rettung der deutschen Volksseele – vor den Vertretern eines verfassungsfeindlichen Volksbegriffs und vor unerwünschten Ausländern

Um das deutsche Volk wird sich im Jahr 2025 gekümmert, dass es kracht.

Zum einen sieht sich die AfD seinem Schutz verpflichtet, und das heißt laut Gutachten des Verfassungsschutzes: Sie kümmert sich um seine Reinheit, also darum, dass es endlich nicht mehr durch fremde Elemente versaut werde. Dass ihr das nicht zum allgemeinen Lob gereicht, sondern zum Prädikat „*gesichert*

*rechtsextremistisch*“, liegt in erster Linie an ihrem „*ethnisch-abstammungsmäßigen Volksbegriff*“: Die Scheidung von In- und Ausländern hat sie zwar weder erfunden, noch hat sie ein Alleinstellungsmerkmal darin, dass sie ihre härtere Durchsetzung in Form eines undurchlässigen Grenzregimes fordert und außerdem „*fremden- und minderheitenfeindliche Aussagen und*

**Fortsetzung Seite 2**

## Fortsetzung von Seite 1

Positionen“ vertritt. Aber dass sie ausweislich der auf über 1000 Seiten Gutachten fein säuberlich zusammengetragenen Aussagen ihrer führenden Mitglieder im Unterschied zum Grundgesetz zweierlei Sorten Deutsche kennt: echte und bloße „Pass“-Deutsche mit Migrationshintergrund, das verstößt gegen die Verfassung. In der hat die herrschende Politik nämlich festgelegt, dass das maßgebliche Abstammungsprinzip (deutsch ist, wer mindestens einen deutschen Elternanteil hat) in bestimmten Fällen durch das Geburtsortprinzip ergänzt wird und außerdem Einbürgerungen unter bestimmten Bedingungen möglich sind. Wie weit also ein „abstammungsmäßiger Volksbegriff“ gilt (immerhin so weit, dass auch Menschen, die mit Deutschland nie etwas zu tun hatten, aber Nachfahren von sog. Spätaussiedlern sind, umstandslos die Staatsbürgerschaft erhalten) und wo der erweitert wird, das entscheiden die staatlichen Institutionen gemäß staatlichen Prinzipien. Wer sich an diesen Prinzipien vergeht, indem er die Aufnahme von Menschen „mit Migrationsgeschichte“ in das deutsche Volk abschaffen will, der vergeht sich am Staat überhaupt und verdient es, fortan mit allen Mitteln eines Geheimdiensts beobachtet zu werden. Und weil der deutsche Staat sich in seine Satzung als Erstes geschrieben hat, dass sich jede von ihm ausgeübte Gewalt allein dem Schutz des Menschen schlechthin verschreibt, wirft auch sein innerer Geheimdienst der abweichenden Partei nicht schlicht die Abweichung vom politischen Konsens vor, sondern ein Vergehen gegen die *Menschenwürde*. Dieses allerhöchste Gut des Menschen – in aller Abstraktion von jedem konkreten Willensinhalt wird der als Subjekt anerkannt, das überhaupt einen Willen hat – wird vom deutschen Staat qua Grundgesetz jedem Menschen auf deutschem Boden zugeschrieben.

Dass die AfD in ihrem Herumreiten auf dem dazu durchaus widersprüchlichen Dogma des Staats, dass er zuallererst dem deutschen Volk verpflichtet ist (das sich ja angeblich das Grundgesetz gegeben hat), die Menschenwürde erst mit der (biologisch verbürgten) Nationalität beginnen lassen will, geht also gar nicht: Wenn eine Partei im Falle einer Regierungsübernahme eingebürgerte oder qua Geburt in Deutschland vom deutschen Staat zu seinen Bürgern gemachte Leute als unechte Deutsche entfernen und Ausländer über die rechtlich festgelegte Diskriminierung hinaus prinzipiell fernhalten, schikanieren und entgegen staatlich festgeschriebenen Schutzansprüchen abschieben will, verstößt sie gegen die Verfassung und gehört eigentlich verboten.

Was hingegen mit der Verfassung geht, und nicht nur das, führt Volksschützer Dobrindt praktisch vor. Im Juli verkündet der Innenminister vom höchsten Berg

Deutschlands aus stolz, „dass Deutschland nicht mehr im Bremserhäuschen sitzt in der EU, sondern dass wir mit in der Lokomotive fahren, wenn es darum geht, die Migrationspolitik zu verstärken“ (Dobrindt, 18.7.25). Wenn der deutsche Staat mit aller Polizei- und Rechtsgewalt, die er aufbieten und europäisch mobilisieren kann, die unerwünschten „irregulären“ Migranten an der Einreise hindert, sie mit innovativen neuen Lösungen und ganz vielen Überstunden der Bundespolizei – Asylwunsch hin oder her – zurückweist; wenn er die schon im Land befindlichen so drangsaliert, dass sie es am besten selber nicht hier aushalten wollen, und sie, wo es geht, abschiebt – zur leider etwas vernebelten Kulisse der Zugspitze gesellt sich die frohe Nachricht eines Deportationsflugs nach Afghanistan am selben Morgen –, dann tut er das alles in Umsetzung der Verfassung und unter Wahrung der Menschenwürde. Dass die Würde des Menschen unantastbar ist, nutzt der Staat praktisch als Freibrief dafür, den Menschen, an denen diese Würde hängt, so übel mitzuspielen, dass sie auch aus Deutschland lieber die Flucht ergreifen. Gewahrt wird ihre Würde eben dadurch, dass Abzuschiebenden ihre mögliche Abschiebung lange vorher schriftlich mitgeteilt wird, Zurückweisungen nur mit der nötigen und ohne unnötige Gewalt erfolgen, Bezahlkarten rechtssicher eingeführt werden und den Leistungsbeziehern zwar einiges vorschreiben, aber nicht, wofür genau sie das Geld auszugeben haben, usw. Das ist es dann aber auch. Wenn Richter in ihrer Unabhängigkeit manche Abhaltemaßnahmen doch einmal kritisch beurteilen und verbieten, weil sie auf Formalismen des Asylrechts bestehen, ist Dobrindt praktisch lieber bei der AfD: Dann steht so ein Urteil für eine andere „*Rechtsauffassung*“, und es ist erst noch zu durchleuchten, welche stimmt. Im Zweifelsfall wird die Rechtslage passend gemacht – mit welcher Mehrheit auch immer. Auch das kann schließlich nicht falsch sein, nur weil womöglich mal wieder die Falschen zustimmen, nämlich die von der rechten Konkurrenzpartei. So oder so wird der dahergekommene Mensch zwar mit keinem einzigen konkreten Bedürfnis oder Interesse, aber stets in seiner Eigenschaft als Rechtssubjekt geschützt. Deshalb ist Dobrindts Politik gegen unerwünschte Ausländer in diesem Land erstens selbstverständlich erlaubt. Vor allem aber ist deren Drangsaliierung viel mehr als das, nämlich oberstes Gebot, höchster Dienst an seinen Deutschen und als solcher für den Lokführer Grund für hemmungslosen Stolz.

Aus der Reihe „Was Deutschland bewegt“, Gegenstandspunkt 3-25



## Apropos „Drecksarbeit“ Berliner Kriegshetze

Es hat etwas Lächerliches an sich, wenn der Kanzler eines Staates, dem – Staat wie Kanzler – der Chef der einen großen Weltmacht wiederholt seine Irrelevanz in ernstesten weltpolitischen, also Kriegsfragen bescheinigt, auf Nachfrage so antwortet, als wäre Israels Überfall auf den Iran so etwas wie eine tapfere Dienstleistung an einem überragenden strategischen Interesse der deutschen Nation. So als hätte ihm noch niemand erklärt, was der israelische Kollege tagtäglich erklärt: dass Israel allein aus seinem eigenen Sicherheitsinteresse heraus, das unterhalb einer kriegerisch abschreckenden Unterwerfung der ganzen Region nicht saturiert ist, seine Feinde definiert und allein sich selbst deren Vernichtung um jeden Preis schuldig ist; und dass es Respekt allein vor dem doch noch viel größeren Partner Amerika hat.

Aber wenn es nur das wäre.

Mit größter Selbstverständlichkeit, so als wäre gar nichts weiter dabei, definiert der Kanzler der – das kann gar nicht oft genug in Erinnerung gebracht werden – drittgrößten Volkswirtschaft der Welt Deutschlands Verhältnis zum Krieg, im Allgemeinen und im Besonderen; nicht neu, aber zeitenwendegemäß vorwärtsweisend.

Im Allgemeinen stellt er klar, dass für seinen Staat militärische Verwüstungsaktionen unter die Kategorie *Lösung* fallen; vorausgesetzt nur, sein Staat sieht in der Existenz und dem Machtstreben einer anderen Herrschaft ein *Problem*, dem mit anderen Methoden erpresserischer Schädigung – dem Stoff der Diplomatie – nicht zur eigenen Zufriedenheit beizukommen ist. Dass Merz Deutschlands Problem mit der iranischen Staatsgewalt mit den Stereotypen des moralischen Feindbilds erläutert – „Mord und Totschlag über die Welt gebracht“ usw. –, ist als Eingrenzung des deutschen Kriegsinteresses auf den nahöstlichen Sonderfall gemeint, drückt in seiner moralischen Beliebigkeit aber das Gegenteil aus: Grund für Krieg als Problemlösung gibt es vom deutschen Standpunkt aus im Prinzip über-

all, wo eine Obrigkeit ihre Macht gegen von ihr definierte Todfeinde durchsetzt – und wo wäre das nicht der Fall! Tatsächlich findet Deutschland Krieg also überall da angebracht, wo es, wie auch immer, *sich* betroffen sieht: Da wird, so Merz, *für uns alle* mutig zugeschlagen.

Im besonderen Fall des israelischen Iran-Kriegs bekennt sich die deutsche Staatsführung – einmal mehr – zu ihrem Zynismus in Sachen Krieg. Gemeint ist nicht der *Ausdruck* „Drecksarbeit“, um den sofort eine politische Anstandsdebatte losgegangen ist: eine Debatte, die im Endeffekt doch nicht das Wunschziel erreicht hat, dass sich irgendwer, Merz selbst womöglich, dafür schämt, die Herstellung „unschuldiger Opfer“ so sauerländisch bezeichnet zu haben; die eher den Konsens bekräftigt, auf den die Moral der „Zeitenwende“ ohnehin zuläuft: dass man sich nicht so zartbesaitet geben soll und im Übrigen auch nicht dauernd das Völkerrecht als Imperativ der Politik beschworen werden sollte, wenn es um die Gewaltseite der nationalen Interessen geht. In einem harten objektiven Sinn zynisch ist der staatseigene deutsche Standpunkt, den eigenen Kriegswillen, zu dem die Führung sich bedingungslos bekennt, von anderen, deswegen befreundeten Mächten und auf deren Kosten exekutieren zu lassen – so wie seit über drei Jahren in der Ukraine. Im besonderen Fall Israel darf man sich in Deutschland sicher sein, dass die womöglich ganz große „Drecksarbeit“ beim ach so skrupellosen US-Präsidenten in den allerbesten Händen ist; und dass mit einer israelischen Aufforderung, dann doch bitte die Bundeswehr in den Kampf für „unsere gemeinsame Sache“ zu schicken, definitiv nicht gerechnet werden muss. Dass Deutschland eine blutige „Drecksarbeit“ *für andere* erledigt – so wie aus Berliner Sicht Israel, das dafür Lob und Dank verdient –, damit ist weder dort noch überhaupt zu rechnen. Dafür, dass es das wirklich Nötige in eigener Regie erledigen kann, verschafft es sich bis zum Ende des Jahrzehnts die stärkste konventionelle Armee Europas. Wenn es die hat, steht Deutschland mit seinem Anspruch auf *fremde* „Drecksarbeit“ ganz anders da.

### Wer mit uns in Kontakt treten will,

kann das über unsere Webseite [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de).

### Regelmäßiges Diskussionsangebot

Auf unserer Webseite [www.argudiss.de](http://www.argudiss.de) kann man sich in einen E-Mail-Verteiler eintragen und bekommt dann in der Regel einmal pro Woche eine Mail mit Zeit und Thema der nächsten offenen Diskussionsrunde.

## Argudiss empfiehlt:

**GEGENSTANDPUNKT**  
Politische Vierteljahresschrift

**3-25**

NATO-Gipfel, Schottland-Deal, Alaska-Treffen  
Anmerkungen zum Verhältnis der USA  
zu ihren europäischen Alliierten

Chronik eines angekündigten Friedens  
Trumps 12-Tage-Krieg in Nahost

US-Militärstrategie im Indopazifik  
Amerika sichert den Weltfrieden –  
mit einem perfekten Weltkriegsszenario gegen China

Russlands Kriegswirtschaft

Der Fall Brosius-Gersdorf:  
Von der Verfassungsrichterwahl zur Koalitionskrise

Nachtrag zur „Konkurrenz der Kapitalisten“  
„Notwendig falsches Bewusstsein“

Bei allem öffentlich zelebrierten Mitleid mit dem schlimmen Schicksal der von den Kriegen in Osteuropa und im Nahen Osten betroffenen Völker vergisst die deutsche Politik selbstverständlich nie, dass bei diesen unschönen Affären die lebenswerte europäische Mittelmacht Deutschland ebenfalls ein Leidtragender ist. Erleidet sie doch Schäden an viel Edlerem und Höherem als so schnöden Dingen wie Leib und Leben:

In Bezug auf den Ukraine-Krieg müssen Deutschlands Politiker erleben, dass der Machtwechsel in Washington all ihre kriegerische Entschlossenheit ins Abseits laufen lässt: Sie sind zwar immer noch bereit, die Ukraine dafür zu verschleißen, dass ihr Europa zu einer Kontinentalmacht aufwächst, die sich nach eigenem Gutdünken an jedem konkurrierenden Machtanspruch Russlands vergreifen kann. Aber alles Geld und alle Waffen, die sie dafür spendiert haben, erweisen sich nun nicht mehr als Investitionen in die goldene Zukunft einer europäischen Weltmacht, sondern womöglich als vertaner Aufwand: Trump sagt den US-Krieg gegen Russland ab und zerstört damit einstweilen die wunderbare Perspektive, unter amerikanischer Führung Russland als kontinentalen Rivalen zu entmachten und

gleichzeitig Deutsch-Europa als kontinentale Vormacht zu etablieren. Wie bedauerlich!

In Bezug auf den Nahost-Krieg muss die deutsche Republik ebenfalls einen bitteren Schlag verkraften: Alle erklärte Solidarität mit Israel, alle vorbehaltlose Unterstützung für dessen Krieg gegen die Hamas, alle Verrenkungen zur Rechtfertigung des unentwegt fortschreitenden Zerstörungswerks in Gaza können nicht verdecken, dass der höhere Sinn dieser Parteinahme für Deutschland ausbleibt: Einen irgendwie zufriedensstellenden strategischen Einfluss und Zugriff auf die geostrategisch eigentlich so perspektivreiche Gewaltlage gesteht Israel seinem deutschen Kumpanen einfach nicht zu. Stattdessen ist es schon wieder Amerika, das als einzige auswärtige Macht Einfluss entfalten kann. Und auch in diesem Fall tut Trump das explizit nicht länger als Dienst an den einstigen europäischen Partnern im Sinne eines gemeinsamen Bündnisses. Generationen von Bundesbürgern haben die NATO-Allianz als zivilisatorischen Höhepunkt der Menschheitsgeschichte feiern dürfen; Generationen von deutschen Politikern haben mit und in diesem Weltkriegsbündnis den imperialistischen Aufstieg ihrer Nation bewerkstelligt – und nun dies!

Aber tüchtige deutsche Patrioten geben nicht auf! In der Mischung aus Entschlossenheit und Opportunismus sichten sie die Lage, definieren Feindschaften um, malen dazu passende Feindbilder neu und versuchen, auch aus Bedingungen, die sie sich fürs Erste schlicht gefallen lassen müssen, doch noch das Beste für ihre Nation zu machen. Das Regiment über ihr Volk haben sie ja. Dem sagen sie die Opfer an, die es bringen muss, damit die Nation nicht zum Opfer der neuen Weltlage wird. Und insofern Kritik daran ganz in der Sorge ums weitere Gelingen des deutschen Machtaufwuchses aufgeht, ist diese Zukunftszugewandtheit regierender Imperialisten weder perspektiv- noch mittellos.

Deshalb kümmert sich der GEGENSTANDPUNKT auch in dieser Ausgabe darum, dass die fällige Kritik wenigstens theoretisch stattfindet.



### Der GegenStandpunkt ist erhältlich u.a. bei:

- Buchladen im Ostertor, Fehrfeld 60
- Buchladen i. d. Neustadt, Lahnstraße 65b
- Universitätsbuchhandlung, Uni
- Online: [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)